



TRUMPS TRUPPEN

TITEL

Eine Heerschar von
Strategen bereitet eine zweite
Präsidentschaft von Donald
Trump vor. Und das Ende
der bisherigen Weltordnung

Von Marc Etzold

D

Donald Trump ist in seinem Element und macht aus seiner Verachtung keinen Hehl. Jack Smith sei ein „geistesgestörter Mensch“, ruft er seinen Zuhörern bei einer Spenden-gala in Columbia im US-Bundesstaat South Carolina am vergangenen Wochenende entgegen. „Wenn Sie sich dieses Gesicht ansehen, verstehen Sie, dass dieser Kerl ein kranker Mann ist.“ Die Zuhörer lachen und grölen wie in einer Reality-TV-Sendung.

Trump hat sich in der Vergangenheit schon über behinderte Menschen lustig gemacht, den mittlerweile verstorbenen Senator John McCain wegen dessen Kriegs-verletzungen nachgeäfft, nun beleidigt er

Gegen wen richtet sich dieser Einschüchterungsversuch? Gegen den Sonderermittler Smith persönlich? Die Richterin? Oder gegen Zeugen, die Trump gefährlich werden könnten? Das Wesen einer Drohung besteht oft darin, dass der Absender sie nicht erklären muss. Der Empfänger versteht sie auch so.

Trump's Attacken der vergangenen Tage wirken wie eine erste Kostprobe für die Zeit nach den Anklagen und Prozessen – für die Zeit, wenn er selbst wieder als Präsident im Oval Office sitzen will. Dann, so die Botschaft, wird er sich an all jenen rächen, die ihm diese Tortur angetan haben. Nicht nur Jack Smith oder Justizminister Merrick B.

detaillierte Papiere, wie seine zweite Präsidentschaft aussehen soll. Trumps Truppen arbeiten für das „America First Policy Institute“, das schon mit seinem Namen die Nähe zum Ex-Präsidenten sucht, für das „Center for Renewing America“ und das „Project 2025“ der erzkonservativen Heritage Foundation. Die „Make America Great Again“-Bewegung bereitet eine konservative Revolution vor – das entmachtete Justizministerium wäre erst der Anfang.

Die Republikaner planen nichts weniger als das Ende der USA, wie wir sie kennen.

Der Kampf gegen den Klimawandel soll aufgegeben werden.

Die drei Anklagen machen ihn nur stärker

dimir Putin dann wirklich halt, oder nutzt er Amerikas Rückzug aus Europa, um sich noch mehr des alten Sowjetreichs einzuverleiben?

Nach dessen Zusammenbruch rief der Politikwissenschaftler Francis Fukuyama „das Ende der Geschichte“ aus, den endgültigen Siegeszug von Demokratie, Liberalismus und Marktwirtschaft. Es kam, wie man weiß, anders. Nun droht das Ende einer anderen Geschichte: die der ältesten und – bei allen Schwächen – erfolgreichsten Demokratie der Welt.

Ein solches Szenario ist kein Hirnspin. In den Umfragen ist Donald Trump seinen Konkurrenten in der Republikanischen Partei weit enteilt. Die „New York Times“ veröffentlichte in der vergangenen Woche eine Umfrage, wonach 54 Prozent der Republikaner sagen, sie unterstützten Trump als Kandidaten. Nur 17 Prozent favorisieren Ron DeSantis, den Gouverneur von Florida. 58 Prozent glauben, Trump sei in der Lage, Biden zu schlagen. Noch nie in der Geschichte erreichte ein Präsidentschaftskandidat solche Werte und wurde nicht Kandidat seiner Partei.

Eine Neuauflage der Wahl von 2020 ist also wahrscheinlich, derzeit liefe es zwischen Biden und Trump auf ein Kopf-an-Kopf-Rennen hinaus. Die konservativen Vordenker in Washington hätten sich auch mit einem anderen Kandidaten arrangieren können. Aber wenn das Original funktioniert, umso besser.

Dass Trump unter Anklage steht, ist bei all dem kein Hindernis. In den vergangenen vier Monaten wurde der frühere Präsident dreimal den Richtern vorgeführt, zuletzt in der Hauptstadt Washington. Und mit jeder Anklage wurde er in den Umfragen stärker. Er inszeniert sich als politisch Verfolgter, Biden persönlich stecke hinter dieser „Hexenjagd“, erzählt Trump wieder und wieder. Bei den Republikanern verfängt diese Erzählung. Im Kongress mag es manche Abweichler geben, aber kaum einer stellt sich offen gegen den Ex-Präsidenten. Wer das tut, verliert sein Mandat – so wie Liz Cheney, die frühere Abgeordnete aus Wyoming. Sie war stellvertretende Vorsitzende der Kommission zur Aufarbeitung des Kapitolsturms.

Vor acht Jahren, als aus dem Geschäftsmann und Entertainer der Politiker Trump wurde, arbeitete die konservative Elite gegen ihn. Heute wird er entweder von ihr geliebt oder zumindest ertragen. Und die ihn noch immer verachten, wollen ihn wenigstens für ihre Zwecke nutzen.

Einer der wichtigsten Gehilfen Trumps in der Hauptstadt ist Paul Dans, Direktor bei Heritage für das „Project 2025“. Die Stiftung existiert seit 50 Jahren und brüstet sich mit ihrem großen Einfluss auf die Politik von Ronald Reagan in den 1980er-Jahren. In der ersten Trump-Administration hatte Dans Führungspositionen im „Office of Personnel Management“ inne. Die Agentur ist eine Art Personalabteilung für das Weiße Haus, stellt Bundesbeamte ein und sorgt dafür, dass der Regierungsapparat funktioniert. Dort hat Dans gelernt, dass es Gleichgesinnte an den richtigen Positionen braucht, um die eigenen Vorstellungen auch in Taten und Gesetze zu überführen.

Der Weltkrieg als Schablone

Dans und seine Mitstreiter haben ein 920-seitiges Buch verfasst, in dem sie für jedes Ministerium durchgehen, wie eine konservative Politik dort aussehen sollte. Der Titel: „Ein Mandat für Führung – das konservative Versprechen“. Wenn Donald Trump es zurück an die Macht schafft, soll er mithilfe dieser konservativen Bibel vom ersten Tag an regieren können.

Dans ist ein Freund martialischer Sprache. Vor einigen Wochen war er in der Talksendung von Steve Bannon zu Gast, dem Mitgründer der rechten Internetplattform „Breitbart“ und früheren Chefstrategen von Donald Trump. Dans wirkte etwas aufgeregt, verhaspelte sich hier und da. Die Sendung von Bannon höre er sonst im Auto, erzählte er – jetzt durfte er selbst dabei sein.

Dans führte aus, wie er die konservative Bewegung vereinigen will. „Wir bereiten uns systematisch auf die D-Day-Invasion im Januar 2025 vor“, sagte er. Der Republikaner erwähnte auch seine Onkel, die 1944 in der Normandie gekämpft hätten. „Meine Familiengeschichte treibt mich an.“ Die Befreiung Europas vom Faschismus dient in seiner Welt als gedankliche Blaupause für einen Wahlkampf. Hitler, die Nazis, der ➤



Sonderermittler Jack Smith wird offen von Donald Trump bedroht

Gegner und Fans des Ex-Präsidenten stoßen vor dem Gericht in Washington aufeinander



FOTOS: DREW ANGERER/AFP; CRAIG RUTTLE/REDUX/LAIF

einen Staatsanwalt, der in zwei Strafverfahren gegen ihn vorgeht, zuletzt wegen versuchten Wahlbetrugs und des Sturms auf das Kapitol am 6. Januar 2021. So weit, so normal? Nicht ganz.

Ein paar Tage später setzt Trump eine Nachricht auf seinem eigenen sozialen Netzwerk Truth Social ab: „Wenn ihr mich verfolgt, dann werde ich euch verfolgen!“ Eine Drohung in Großbuchstaben und mit Ausrufezeichen.

Garland hat er im Visier. Trump will das bislang unabhängige Justizministeriumfügig machen und dem Willen des Weißen Hauses unterwerfen, seinem Willen. Es wäre eine nie da gewesene Attacke auf den amerikanischen Rechtsstaat.

Der 77-Jährige weiß mächtige Verbündete an seiner Seite. Das ist der Unterschied zu 2016. Damals kam Trump sehr chaotisch und ohne Plan ins Amt – jetzt entwickelt eine Heerschar an Beratern und Strategen

Die Welthandelsorganisation? Überflüssig, austreten.

Die Nato? Lästig, abwickeln.

Die Unterstützung für die Ukraine? Zu teuer, nicht im amerikanischen Interesse, einstellen.

Deutschland und die Europäer wären auf sich allein gestellt, Amerika als Schutzmacht fiel aus. Ohne Geld und Waffen aus den USA würde Russland die Ukraine früher oder später überrennen. Macht Wla-



Düstere Aussichten für die Nato: Wenn Donald Trump 2025 wieder Präsident wird, will er die US-Truppen in Europa stark reduzieren

Der Schlachtplan

Project 2025: die erschreckende Blaupause für eine zweite Trump-Präsidentschaft

Auf fast 1000 Seiten haben rechte Vordenker im Auftrag der erzkonservativen Heritage Foundation einen detaillierten Masterplan zum radikalen Umbau des politischen Systems der USA entworfen. Die **Macht des Präsidenten** soll massiv ausgeweitet werden. Die staatliche Handelskommission und die Medienkommission würden ihm direkt unterstellt. Das könnte auch für die Zentralbank Federal Reserve gelten. Der Präsident wäre dann in der Lage, Einfluss auf die Zinspolitik zu nehmen. Der Kündigungsschutz für Regierungsbeamte soll gelockert werden, damit jene, die als illoyal gelten, unproblematisch entlassen werden können. In der **Außenpolitik** gilt: America first. Alle US-Botschafter, die die Agenda des Präsidenten nicht bedingungslos unterstützen, sollen

mit Amtsantritt der neuen Regierung abberufen werden. Entwicklungshilfe-Zahlungen würden gestoppt und einzeln überprüft, Flüchtlings- sowie diverse Visaprogramme stark eingeschränkt. Die **Umstrukturierung der Nato** wäre ein zentraler Bestandteil der Militärstrategie. Die US-Truppenpräsenz in Europa soll verringert, die Abschreckung Russlands künftig vor allem von europäischen Streitkräften gewährleistet werden. Weitere Unterstützung für die Ukraine soll es nur geben, wenn sie den Interessen der USA dient. **China**, nicht Russland, hätte in der



US-Militärfahrzeuge für die Ukraine



Gebäude der Federal Reserve Bank in Washington

Verteidigungspolitik Top-Priorität. Das **Atomwaffenarsenal** soll als Antwort auf Pekings nukleare Aufrüstung modernisiert und erweitert sowie neue Raketenabwehrtechnologien entwickelt werden. Der **Kampf gegen den Klimawandel** hätte keine Priorität mehr. Klimainvestitionen im Rahmen des Inflation Reduction Act würden gestoppt, ebenso der Ausbau von Wind- und Solarenergie. Die Umweltschutzbehörde EPA würde radikal verkleinert, Gesetze zum Schutz des Klimas und zur Reduktion des CO₂-Ausstoßes würden zurückgenommen,

die Öl- und Erdgasinfrastruktur massiv ausgebaut. Das **Justizministerium** soll umstrukturiert und ebenfalls massiv verkleinert werden. Mitarbeiter, die eine angeblich radikale linke Agenda verfolgen, würden entlassen. Die Strafverfolgung illegaler Einwanderer soll in den Fokus rücken. Lokale Staatsanwälte, die nicht entschieden genug gegen Verbrechen vorgehen, könnten angeklagt werden. Alle laufenden FBI-Ermittlungen würden überprüft und könnten von der Regierung gestoppt werden. Alle **Handelsabkommen mit der EU** kämen auf den Prüfstand. Ein Abkommen mit Großbritannien soll vorangetrieben werden, bevor das Land sich wieder der EU annähert. Die USA behält sich vor, aus allen internationalen Institutionen auszutreten, die nicht im Interesse Amerikas handeln.

Anuschka Tomat

Sie halten mehr denn je zu ihm: Trump-Anhänger in Florida zeigen Flagge

US-Senator Josh Hawley gilt als einer der Vordenker der konservativen Revolution



Weltkrieg – das ist die Dimension, in der Dans denkt.

Mit Bannon hatte Dans den richtigen Gesprächspartner gefunden. Kurz vor dem Sturm aufs Kapitol am 6. Januar 2021 hatte der Moderator in seinem Podcast vorausgesagt, dass an jenem Tag die „Hölle ausbrechen wird“. Zu der Zeit hatte er zwar längst keine offizielle Regierungsfunktion mehr inne, stand mit Trump aber im Austausch. Im Gespräch mit Paul Dans führt Bannon nun die Analogie zum Zweiten Weltkrieg fort. „Es geht darum, den Strand mit den richtigen Leuten zu erreichen“, sagte Bannon. „So wie im Zweiten Weltkrieg suchen wir wieder nach Freiwilligen.“

Die Rekrutierungsarbeit des „Project 2025“ läuft professionell. Nichts erinnert mehr an das Chaos der ersten Trump-Administration. Wer Interesse hat, unter einem künftigen republikanischen Präsidenten zu arbeiten, kann sich digital bei dem „konservativen LinkedIn“, wie Dans es nennt, bewerben. Die Auserwählten dürfen an Seminaren teilnehmen, die sie auf die Arbeit in Washington vorbereiten sollen. Jeder frisch gewählte US-Präsident kann etwa 4000 Stellen neu besetzen, wenn er ins Amt kommt. Dans will für möglichst viele Positionen eine Auswahl an Leuten in der Hinterhand haben.

Denn wer den Apparat kontrolliert, kontrolliert das Land – diese Lektion haben Trump, Dans und Co. verinnerlicht. Sie wollen den „deep state“ ein für alle Mal erledigen. Dahinter steckt der Gedanke, dass es in Ministerien und Behörden Seilschaften gebe, die im Verborgenen für linke Ideen arbeiten. Keine Kundgebung, bei der Trump nicht gegen den angeblichen Staat im Staat wettet. Aber letztlich ist die Erzählung vom tiefen Staat vor allem eines: ein Eingeständnis, dass die Demokraten schlichtweg effi-

zienter ihre Leute auf einflussreiche Posten bringen. Hier haben die Republikaner Nachholbedarf, und das wissen sie.

Am meisten stören die konservativen Revolutionäre die Zustände im Justizministerium, dem Department of Justice (DOJ). „Es ist wichtig, dass die nächste konservative Regierung einer Reform des DOJ und seiner Kultur hohe Priorität einräumt, um das Ministerium an ihren Kernzielen auszurichten und das nationale Interesse zu fördern“, heißt es in Dans’ Masterplan. Die Autoren warnen, würde das Justizministerium nicht reformiert, bedeute das auch „das Scheitern der Agenda dieser konservativen Regierung auf unzählige weitere Arten“.

Das Ende des Rechtsstaats

An der Spitze des Department of Justice steht der Justizminister, der zugleich Generalstaatsanwalt ist, also Strafverfolgungen in Gang setzen, überwachen und beenden kann. Und weil er so weitreichende Befugnisse hat, arbeitet der Attorney General unabhängig, auch wenn er mit am Kabinetttisch sitzt. Würde ein Präsident sich in dessen Tagesgeschäft einmischen, würde

also Dans’ Plan umgesetzt werden, es wäre das Ende des Rechtsstaats, wie die Amerikaner ihn kennen.

Die Republikaner dieser Tage bringen ein Staatsverständnis mit, das vielen Konservativen aus der Ära vor Trump zuwider ist. Getrieben von Abstiegsängsten, sucht die „Grand Old Party“ ihr Heil in einer Re-Amerikanisierung. Es soll möglichst viel im eigenen Land produziert werden, damit die Wertschöpfung nicht in Fernost oder Europa stattfindet. Aus Kriegen und internationalen Krisen soll sich das Land heraushalten und einzig auf den Systemkampf mit China konzentrieren. Amerika als Weltpolitist – das wäre endgültig vorbei.

Kaum einer trägt all das rhetorisch eloquenter vor als Josh Hawley. Der 43-Jährige hat eine Bilderbuch-Karriere hingelegt. Geschichtsstudium in Stanford, danach Jura in Yale, Spezialisierung auf Verfassungsrecht, Mitarbeiter des Vorsitzenden des Obersten Gerichtshofs und seit 2019 Senator für den US-Bundesstaat Missouri. Das ist die eine Seite. Die andere: Bevor das Kapitol gestürmt wurde, stand Hawley mit geballter Faust vor dem Gebäude und solidarisierte sich mit den Angreifern.

Ende April war der Senator zu Gast bei der 50-Jahr-Feier der Heritage Foundation in Washington und ging mit seinen eigenen Leuten hart ins Gericht. „Die Republikanische Partei der vergangenen 30 Jahre ist Teil des Problems“, führte Hawley aus. Die Republikaner hätten in der Zeit von George W. Bush die Arbeiterklasse vergessen. „Wenn wir die Mittelschicht verlieren“, mahnte er, „verlieren wir die amerikanische Kultur und Gesellschaft, wie wir sie heute kennen.“

Die Globalisierung empfindet er nicht als ein Zusammenwachsen der Welt, sondern sie bedeutet für ihn die Verarmung der ➤

Die Übernahme der Macht wird geplant wie ein Krieg

FOTOS: REINHARD KRAUSE/REUTERS; PETE MAROVICH/INT/REDUX/LAF; LUKA DAKSIOBLER/IMAGO; SCOTT OLSON/GETTY IMAGES; BRIAN CAHN/ZUMA/ACTION PRESS

USA. Dass das Land unter einem republikanischen Präsidenten zwei Kriege begann, die Billionen kosten sollten, führte bei ihm zur Erkenntnis: „Wir können nicht die Weltpolizei sein und sollten es auch nicht probieren. Wir müssen amerikanische Interessen verteidigen und dürfen kein globaler Hegemon sein.“ Hawley war der einzige Senator, der gegen die Aufnahme Finnlands und Schwedens in die Nato stimmte, weil damit weitere US-Sicherheitsverpflichtungen für Europa einhergehen könnten.

Hawley werden selbst Ambitionen auf das Präsidentenamt nachgesagt. Tatsächlich könnte er so etwas wie ein gereifter Sebastian Kurz von Amerika werden – adrett, eloquent, mit viel Verständnis für Rechtsaußen. Dass Hawley jetzt noch nicht gegen Trump antritt, zeigt, dass er ein Gefühl für Timing hat. Er scheint zu wissen: Seine Zeit wird noch kommen.

Die Denkschule von Hawley und Trump ist die bestimmende in der Republikanischen Partei. Die alten Bush-Leute gibt es noch, sie spielen aber kaum mehr eine Rolle. Einer, der probiert hat, beide Welten zusammenzuhalten, ist John Bolton. In der Regierung von George W. Bush gehörte er zu den Architekten des Irak-Krieges. Von 2018 bis 2019 war er nationaler Sicherheitsberater von Trump. Nachdem der Präsident ihn rausgeschmissen hatte, wurde Bolton zu einem seiner lautesten Kritiker.

Er ist sich sicher, dass Trump die Ukraine finanziell und militärisch im Stich lassen werde, wenn Präsident Selenskyj nicht spurt. „Trump glaubt, er kann den Konflikt an einem Tag lösen. Gott stehe der Seite bei, die nicht kooperiert“, sagt Bolton. Der Friedensschluss, den Trump im Sinn hat, wäre nichts anderes als eine Kapitulation.

Selbst Fox News gilt nun als links

Der frühere US-Botschafter bei den Vereinten Nationen glaubt auch, dass Trump eine Drohung aus seiner ersten Amtszeit wahr machen könnte. „Die Nato-Mitgliedschaft der USA steht auf dem Spiel. Er will raus“, sagt Bolton. Wie einfach oder schwierig das wäre, ist umstritten. Der US-Senat hatte dem Nato-Beitritt einst mit einer Zweidrittelmehrheit zugestimmt. Trump könnte die Mitgliedschaft suspendieren, aber kann ein Präsident einen vom Parlament verabschiedeten internationalen Vertrag auch aufkündigen? Für die Europäer wäre dieses Szenario der GAU, das Sicherheitsversprechen der USA, das seit dem Zweiten Weltkrieg gilt, wäre hin-



Verwaltungs-
experte Paul
Dans rekrutiert
gezielt Personal
für eine neue
Trump-Admini-
stration

Könnte Trump sich selbst begnadigen?

fällig. Russland würde triumphieren, die Osteuropäer würden zittern – und womöglich bald nicht mehr nur sie.

Bolton ist ein erzkonservativer Falke – dass er nun als Stimme der Vernunft gehört wird, zeigt die dramatische Verschiebung bei den Republikanern. Er selbst hofft noch, dass Trump nicht Kandidat wird: „Die Anklagen helfen ihm. Aber es ist nicht aus und vorbei. Es gibt eine hohe Zahl an Republikanern, die große Sorge vor Trump haben.“

Am 23. August soll die erste TV-Debatte zwischen den republikanischen Vorwahl-Kandidaten stattfinden. Trump überlegt fernzubleiben, schließlich liege er uneinholbar vorn. Ein weiterer Grund: Die Debatte wird von Fox News ausgerichtet. Trump hat mit dem Sender, der ihn einst groß machte, gebrochen. Manche seiner Anhänger stellt das vor Probleme.

Ende Juli stehen Tausende Trump-Fans vor einer schmucklosen Mehrzweckhalle in Erie im US-Bundesstaat Pennsylvania an, einem der wichtigen „swing states“, die über Sieg oder Niederlage im November 2024 entscheiden werden. Stundenlang warten sie hier, um später am Abend ihr Idol live zu erleben, man kommt ins Gespräch, auch über Fox News. „Der Sender ist mittlerweile genauso schlimm wie CNN“, sagt eine Frau. Sie trägt keinen „Make America Great Again“-Hut, kein Trump-T-Shirt, sie wirkt wie eine freundliche ältere Dame von nebenan. Welche Medien kann man denn noch guten Gewissens verfolgen? Sie emp-

fehlt den „Federalist“, ein konservativer Blog, der regelmäßig mit Falschinformationen auffällt, und „Newsmax“. Zu dem noch recht jungen Fernsehsender geht Trump immer dann hin, wenn er garantiert keine kritischen Fragen gestellt bekommen möchte.

Auch das sind die Vereinigten Staaten in Zeiten von Trump. John Bolton gilt als liberal – und Fox News als links.

Die erste Vorwahl der Republikaner ist für Mitte Januar in Iowa geplant. Der Staat im Mittleren Westen ist landwirtschaftlich geprägt und gilt als wichtiger Gradmesser dafür, wie die konservative Basis tickt. Interessanterweise liegt Trump in den Umfragen hier etwa zehn Prozentpunkte niedriger als im landesweiten Durchschnitt. Auch sein Konkurrent Ron DeSantis schwächelt, dafür legt Tim Scott zu und kommt dort mittlerweile auf den dritten Platz.

Der 57-Jährige ist der einzige schwarze Senator aufseiten der Republikaner und sieht seine Lebensgeschichte als Beweis dafür, dass Konservative eben kein Problem mit Rassismus hätten. Womöglich ist der Mann für eine Überraschung in diesem Wahlzyklus gut. Und selbst wenn nicht, sehen manche in ihm bereits den idealen Vize-Kandidaten. Doch ob der Kandidat am Ende nun Trump, DeSantis oder gar Scott heißt, ist den konservativen Vordenkern in Washington fast egal, solange es einer ist, der aus ihren Gedanken Gesetze macht. Denn auch das hat Trump bereits jetzt geschafft: Alle Konkurrenten teilen seine Agenda in den wesentlichen Punkten.

Würde er selbst Präsident, müssten sich seine konservativen Truppen in Washington am Anfang zumindest etwas gedulden. Denn zunächst würde es um die Frage gehen: Kann und darf sich ein US-Präsident selbst begnadigen? Das Verfahren in Washington zum Kapitilsturm könnte bis zur Wahl abgeschlossen sein. Sollte Trump verurteilt werden, säße er bei einem möglichen Sieg also womöglich im Gefängnis. Kann sich ein amerikanischer Präsident selbst entlassen und die anderen Verfahren per Präsidialanordnung beenden?

Der erste Tag von Trumps zweiter Präsidentschaft begänne mit einer Verfassungskrise. Es würde zu ihm passen. ✱



US-Korrespondent **Marc Etzold** erlebte, dass manche Trump-Anhänger die Reisen zu den Gerichtsterminen ihres Idols wie Wallfahrten unternahmen. Einige der Fans traf er sowohl bei der Anhörung in Miami als auch zuletzt in Washington